

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866**

20.5.1866 (No. 118)

# Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 20. Mai.

N. 118.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.  
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

## Telegramme.

† **Frankfurt**, 19. Mai. Bundestags-Sitzung. Der Antrag der bei der Bamberger Konferenz beteiligten Regierungen lautet: „Hohe Bundesversammlung wolle an alle diejenigen Bundesglieder, welche militärische — über den Friedensstand hinausgehende Maßnahmen oder Rüstungen vorgenommen haben, das Ersuchen richten, in der nächsten Sitzung der Bundesversammlung zu erklären, ob und unter welchen Bedingungen sie bereit seien, gleichzeitig, und zwar an einem in der Bundesversammlung zu vereinbarenden Tage, die Zurückführung ihrer Streitkräfte auf den Friedensstand anzuordnen.“

Abstimmung nächsten Donnerstag.  
Außerdem brachte der niederländische Gesandte den Antrag ein: den die Aufnahme des Herzogthums Limburg betreffenden Bundesbeschluss vom 7. Sept. 1839 wieder aufzuheben, und somit den Austritt desselben aus dem Bundesverhältnis zu genehmigen.

Auch das Verhältnis der zwischen Preußen und Hannover schwebenden Verhandlungen zu den Bundesgesetzen kam auf Oesterreichs Anregung zur Sprache.

**Berlin**, 18. Mai. (Sch. M.) Das Programm des Kongresses ist noch keineswegs festgestellt. Die Mächte bleiben während des Kongresses wahrscheinlich bewaffnet. Die Neutralität Hannovers und Kurheffens wird vorläufig als gesichert angesehen.

† **Wien**, 19. Mai. Bezüglich des preussisch-italienischen Allianzvertrags vernimmt die „N. Fr. Presse“, daß ein Angriff durch Oesterreich beiderseits solidarisches als casus belli angesehen werden soll. Beide operiren diesfalls einvernehmlich und entzogen dem Rechte des Friedensschlusses ohne gegenseitiges Einverständnis. Wird Preußen von österreichischer Seite zur Kriegserklärung provocirt, so nimmt Italien als Bundesgenosse am Kampfe Theil. Beide gehen keine anderweitige Allianz ohne vorhergehende Verhandlung ein. Die Abmachung ist bis Ende 1866 gültig. Im Vertrag ist keine Verpflichtung Preußens für den Fall, daß Oesterreich mit Italien in einen Krieg verwickelt wird; Preußen hat sich wahrscheinlich freie Hand vorbehalten.

**London**, 18. Mai. (W. L. B.) Im Unterhaus erwiderte der Unterstaatssekretär Layard auf eine Anfrage des Abg. Sandford: England, Rußland und Frankreich seien wegen Berufung eines Kongresses nach Paris in Unterhandlung begriffen; weitere Mittheilungen zu machen, sei unstatthaft. Auf eine ähnliche Interpellation des Viscount Strafford de Redcliffe im Oberhaus erwiderte der Graf Clarendon: Offizielle und vertrauliche Mittheilungen wegen eines Kongresses finden statt; ich kann sie aber kaum Verhandlungen nennen. Auch will ich nicht Hoffnungen auf deren friedliche Resultate wachrufen, ob zwar ein Kongress sämtlicher Mächte friedliche Resultate erhoffen lassen dürfte. England und ich glaube auch der Kaiser Napoleon thun ihr Möglichstes für die Erhaltung des Friedens. Weitere Mittheilungen sind unstatthaft.

## Badischer Landtag.

† **Karlsruhe**, 19. Mai. 15. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.  
Unter dem Vorsitz des durchl. Präsidenten, Sr. Großh. Hoheit des Prinzen Wilhelm von Baden.

Auf der Regierungsbank: Generalleutnant Ludwig, Generalauditor Dr. Brauer, Oberst Götz und Ministerialrath Winter.

Das hohe Präsidium bringt zur Kenntniß des Hauses, daß Geh. Rath v. Wohl durch Amispflichten, und Prälat Holzmann durch schwere Erkrankung dieser Sitzung anzuwohnen verhindert sind.

Das Sekretariat zeigt den Einlauf von 7 Petitionen gegen die Zivilehe an.

Der Tagesordnung gemäß wird zur Berathung des vom Oberst Keller erstatteten Berichts über den Gesetzentwurf, die Abänderung des Konstriktionsgesetzes, geschritten.

Die Kommission stellt den Antrag auf Genehmigung des Entwurfs, wie er von der Zweiten Kammer endgültig angenommen ist.

Ohne Diskussion genehmigt.  
Obergerichtsadvokat Dr. Bertheau berichtet weiter im Namen der Petitionskommission über die Eingabe eines entlassenen protestantischen Geistlichen, der um Reaktivierung nachsucht. Der Antrag lautet auf Uebergang zur Tagesordnung.

Graf v. Berlichingen wünscht, daß das hohe Haus wenigstens eine Fürsprache mit dem Beschlusse verbinde; doch wird der Antrag, da die Angelegenheit rein kirchlicher Natur ist und nicht in der Kompetenz des Hauses liegt, angenommen.  
Die Ergänzungswahlen einzelner Kommissionen werden nach Eintritt der neugewählten Grundherren stattfinden.

Schluß der Sitzung.  
† **Karlsruhe**, 19. Mai. 41. öffentliche Sitzung der

Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag den 24. Mai, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Erstattung und Berathung des Berichts über die Vorlage, die Bewilligung eines außerordentlichen Credits zur Beilegung von 1400 Militärperden.

## Deutschland.

— **Karlsruhe**, 17. Mai. Ihre königliche Hoheit die Großherzogin ist mit Ihrer kaiserlichen Hoheit der Prinzessin Wilhelm heute zu einem kurzen Besuch bei Ihrer Majestät der Königin von Preußen nach Baden gereist und Abends wieder hierher zurückgekehrt.

† **Frankfurt**, 18. Mai. Ein Telegramm des Wolffschen telegraph. Korrespondenz-Bureau's in Berlin gibt einige nähere Andeutungen über die von Preußen im Reiner-Ausschuss gemachten Mittheilungen über seine Reformvorschlüsse. Darnach verlangt Preußen A. ein Parlament ad hoc, kein konstituierendes, gewählt nach den Hauptbestimmungen des Reichs-Wahlgesetzes von 1849 (auf 80 bis 100,000 der jetzigen Bevölkerung ein Abgeordneter). B. Mit diesem Parlament soll vereinbart werden: 1) ein neues Bundesorgan mit periodisch zusammentretender Nationalvertretung, deren Beschlüsse an Stelle der bisherigen Stimmeneinheit des Bundestages treten; 2) die Kompetenz des Bundesorgans wird erweitert auf alle gemeinnützigen Materien, welche bisher auf freien Konferenzen oder durch Kommissionen verhandelt wurden: Heimathrechte und Freizügigkeit, Patentrecht, Münz-, Maß- und Gewichts-, Zivil-Prozessordnung u. c.; 3) allgemeine Zoll- und Handelsgesetzgebung in prinzipieller Beziehung unter dem Gesichtspunkt der regelmäßigen Fortentwicklung; 4) Verkehrsverträge zwischen den verschiedenen Staatsgebieten; Eisenbahn- und sonstige Land- und Wasserstraßen, Post und Telegraphie, Fluß- und andere Wasserwege; 5) Schutz des deutschen Handels im Auslande, Konsularwesen, Schutz der Flagge; 6) Gründung einer deutschen Kriegsmarine mit Kriegsschiffen und Küstenverteidigungs-Anstalten, und 7) Konsolidierung der Militärkräfte Deutschlands durch engeres Zusammenziehen der Kontingente, d. h. durchgreifende Revision der Bundes-Kriegsverfassung, um bei Steigerung der Gesamtleistung doch die Leistung Einzelner zu erleichtern.

† **München**, 17. Mai. (Münch. Corr.) Es sind nunmehr in der ganzen bayerischen Armee die vierten Bataillone errichtet, auch mit den nöthigen Unteroffizieren versehen. Nur mit der Ernennung der Offiziere wird noch gezögert, da man hiezu nur schreiten will, wenn der Ausbruch des Krieges unvermeidlich erscheint. Eben darum verzögert sich auch das Erscheinen des täglich erwarteten Armeebefehls. Werden die Offiziere für die vierten Bataillone ernannt, so werden die beiden obersten Klassen des Kadettenkorps theils als Junker, theils als Leutnant eintreten. Das topographische Bureau hat seine Arbeiten eingestellt, ebenso die militärisch-historische Kommission beim Kriegsministerium, und die Offiziere, die dort beschäftigt waren, sind zu ihren Abtheilungen eingerückt. Die Kasernen sind hier schon überfüllt und täglich kommen neue Mannschaften an einberufenen Beurlaubten hinzu, so daß jetzt schon ein Theil davon in gemieteten Privathäusern untergebracht werden mußte und nächstens etwa 5000 Mann bei den Einwohnern einquartiert werden müssen. In den Lagern, welche unsere Truppen beziehen sollen, werden für sie Strohhütten statt der Zelte errichtet, und dadurch verzögert sich ihr Anmarsch etwas.

Die Feldarmee soll in zwei Korps getheilt werden, deren erstes der General der Kavallerie Fürst Loris mit Generalleutnant v. Zoller, das zweite (3. und 4. Generalkommando) Prinz Euitpold mit Generalleutnant v. d. Tann ad latus kommandiren würde.

† **Darmstadt**, 18. Mai. (Fr. Z.) Gestern ist eine Militärkommission zum Ankauf von Pferden nach Pech abgegangen. Dieselbe nahm 80,000 fl. in Silber und 65 Mann Cheveaulegers Begleitung mit. Im Ganzen werden 1600 Pferde für unser Militär angekauft, der größere Theil wird im Inlande beschafft, und sind zu diesem Zweck bereits vor einigen Tagen sechs Kommissionen in die verschiedenen Bezirke abgegangen.

Nach einer gestern erlassenen Verfügung sind die beiden homburgischen Kompagnie dem neutreirten Scharfschützenkorps eingereiht worden. Täglich verlassen einzelne Truppentheile unsere Stadt, um in der Umgegend Cantonnements zu beziehen, und sollen vorerst nur das 4. Infanterieregiment und eine Schwadron Cheveaulegers hier bleiben.

† **Mainz**, 16. Mai. Reisende, welche von Kreuznach kommen, erzählen, daß in der Nacht von Montag auf Dienstag 4000 Soldaten durch diese Stadt passirt seien, welche in der dortigen Umgegend aufgestellt werden. Die Privatpferde werden requirirt, deren etwa 90 bis 100 dieser Tage auch nach Mainz kamen. Gestern passirte per Eisenbahn, von Hohenzollern kommend, preussisches Militär unsere Stadt und wurde nach Kreuznach befördert. Auch Soldaten vom 30. Regiment kamen hier durch. Die 69er und 32er sind nun von hier ausmarschirt und in der Richtung von Kreuznach per Eisenbahn abgegangen. Die 53er, welche die

69er und 32er in hiesiger Garnison ersetzen, sind bereits, meistens in der Nacht, hier eingetroffen.

† **Wiesbaden**, 17. Mai. Die „Wittelsch. Ztg.“ meldet in einem Extrablatt: „Unerwarteter Weise verlangte die Regierung heute Nachmittag Zusammentritt beider Kammer zu einer Extratsung, weil sie eine Mittheilung zu machen habe. Diese bestand darin, daß die Kammern, die wegen der Kriegsbereitschaft unserer Truppen Beschwerde geführt hatten, bis zum 4. Juni vertagt wurden. In der Ersten Kammer kam Niemand mehr zum Wort. In der Zweiten Kammer aber gelang es dem Abg. Lang noch vor Schluß zur Begründung einer Anfrage über Zweck und Bedeutung der Mobilmachung im Namen der liberalen Majorität gegen diese Kriegsbereitschaft, welche das Land in Aufregung und Unruhe stürze, den Wohlstand schädige, und lediglich aus österreichischen Tendenz die Gefahr auf uns herabzurufe, und dagegen, daß man dem Landtage durch die Vertagung in dieser gefährlichen Lage Schweigen auferlege, zu protestiren. Der Abg. Geistliche Rath Rau ist im Einverständnis mit den übrigen Clerikalen für die nassauische Kriegsbereitschaft; Nassau müsse seine Bundespflicht erfüllen. Dr. Lang: Dann warte man erst einmal ab, was der Bund sagt; er hat noch nicht gebrochen. Unter Widerspruch des Finanzpräsidenten v. Hremsker, welcher nach vorgelesenem Vertagungsschreiben (wonach die Vertagung lediglich aus Anlaß der bevorstehenden Festtage erfolgt) Niemand mehr zum Wort kommen lassen will, spricht Präsident Raht in seiner Schlußrede sein Bedauern darüber aus, daß, während die anderen deutschen Regierungen in diesem verhängnißvollen Momente ihre Landtage um sich versammeln, die nassauische Regierung es dem Lande und seinen gesetzlichen Vertretern unmöglich mache, zu Wort zu kommen.“

† **Koblenz**, 17. Mai. (Fr. Z.) Außer zahlreichen Infanterie- und Kavallerieregimenten passiren jetzt Tag und Nacht starke Pferdetransporte, Sanitäts- und Trainkorps hier durch. Heute treffen auch die Artillerie und Kavallerie anderer Divisionen hier ein und werden über den Hundsrücken nach der Nahegegend vorgeschoben. Am Dienstag wird unser Garderegiment „Königin Augusta“ von hier nach Berlin ausmarschiren. Zur Verpflegung der Truppen des 8. Armeekorps sind auch die Unternehmer, Gebrüder Lachmann aus Berlin, hier eingetroffen und haben eine große Anzahl Schlachthäuser und Magazinaräume in hiesiger Gegend hergerichtet.

† **Gotha**, 15. Mai. (Leipz. Ztg.) Heute ist ein Gesetz publizirt worden, welches die Kontrahierung einer Staatsanleihe (die vierte unseres Landes) im Betrag von 500,000 Thlr. betrifft, die zur Uebernahme von Aktien der Gotha-Leinefelder Eisenbahn verwendet und in 600 Schuldbriefen über je 500 Thlr. und in 2000 Schuldbriefen über je 100 Thlr. ausgegeben werden soll; die Schuldbriefe lauten au porteur.

† **Altenburg**, 17. Mai. Man schreibt der „Allg. Ztg.“: Gutem Vernehmen nach schweben Verhandlungen, welche Preußen die militärisch höchst wichtige Position Sachsen-Altenburg einräumen. Das preussische Kabinett soll sich bei diesen Verhandlungen des größten Entgegenkommens von altenburgischer Seite zu erfreuen haben.

† **Eisenach**, 16. Mai. Die „Weimar. Ztg.“ schreibt: „Die Oberpostdirektion in Eisenach theilt uns mit, daß die Annahme preussischen Papiergeldes an den Postschaltern nicht verweigert wird.“

† **Dresden**, 18. Mai. (W. L. B.) Das „Dresd. Journ.“ bemerkt zu den Mittheilungen über die Bamberger Konferenz, der in Bamberg vereinbarte Antrag werde in einer Weise abgefaßt sein, die einer friedlichen Lösung und Verständigung noch die Wege öffnen könne.

† **Bremen**, 18. Mai. (Fr. Z.) In Uebereinstimmung mit einem Londoner Telegramm der „Independance“ erfährt man als verbürgt, daß der hier anwesende preussische Gesandte bei den Hansestädten bestrebt ist, ein freiwilliges Verzichten Bremens auf einen Theil seiner Souveränitätsrechte, namentlich in Betreff der bewaffneten Macht und der Diplomatie, plausibel zu machen. Gleiche Bemühungen sollen am oldenburgischen Hofe stattfinden.

† **Hamburg**, 16. Mai. Nach der „Weser-Ztg.“ wurde in der heutigen Bürgerschaftssitzung der Antrag gestellt, den Senat um Auskunft darüber zu ersuchen, warum er in der Bundestags-Sitzung mit Preußen gestimmt habe.

† **Altona**, 18. Mai. (W. L. B.) Die „Alton. Nachr.“ schreiben: Wie verlautet, hat das österreichische Oberkommando mit der Stader Dampf-Schiffahrts-Gesellschaft in Betreff einer eventuellen Ueberführung der schweren Armeegegenstände nach der hannoverschen Küste Vereinbarungen getroffen. — Die „Schlesw.-Holst. Ztg.“ theilt mit, daß die Oesterreicher gestern eine große Anzahl überflüssige Montirungsgegenstände enthaltender Kisten südwärts befördert haben.

† **Hendelsburg**, 17. Mai. Der Statthalter Feldmarschall-Leutnant v. Gablenz und der Gouverneur Generalleutnant

v. Mantuffel sind heute hier eingetroffen, um mit dem Kommandanten v. Kapfengast zu konferieren.

**Berlin, 17. Mai.** Ein offizieller Korrespondent der „Köln. Ztg.“ macht die Süddeutschen darauf aufmerksam, was aus den zahlreichen Verträgen derselben mit Preußen im Post-, Telegraphen-, Eisenbahnwesen, was aus den Zollvereins-Verträgen werden soll, wenn Bayern und die Staaten des achten Armeekorps sich im Krieg gegen Preußen befinden. „Die Zollgrenze — sagt er — würde mit der preussischen Armee je nach Umständen vorwärts und rückwärts gehen. Die Territorien aber, welche außerhalb der Linien der preussischen Armee bei einem Krieg gegen die Bundesgenossen liegen, deren Zollbeziehungen zu Preußen haben natürlich ein Ende.“

Bezüglich des Abkommens zwischen Italien und Preußen schreibt man der „Köln. Ztg.“: „Man hat bekanntlich bisher angenommen, daß der Vertrag kein Offensiv- und Defensivbündnis für alle Fälle bedinge und daß die Richtung vielmehr die sei, daß, wenn Oesterreich Preußen angreife, Preußen und Italien sich Separatabkommen unterzogen hätten sollten. Derselbe Bestimmung wäre aber auch getroffen, wenn, nachdem Oesterreich Preußen angegriffen, auch Italien in zweiter Linie in den Krieg eingreifen sollte. Hier ist, wie man sieht, stets ein Angriff Oesterreichs auf Preußen vorausgesetzt, in dessen Folge Italien mit in den Krieg verwickelt würde. Danach wäre im Grund nur ein bei dem Ausbruch des Krieges thätig zu erwartendes Verhältnis in ein Abkommen, gleichviel in welcher Form, gebracht worden. Ob dieses Abkommen auch jetzt vor dem Kriege eine Geltung haben dürfte, wie man aus der gestrigen Bemerkung der „Prov.-Korresp.“ schließen wollte, darüber ist man auf Vermuthungen angewiesen. Jedenfalls war bemerkbar, daß man sich hier schon seit einiger Zeit über die mögliche Cession Venetiens sehr beruhigt zeigte, und es bleibt nur noch einigermaßen im Unklaren, welche etwaige Sicherheit auch vor dem Kriege Italien seinerseits gegen ein einseitiges Abkommen Preußens erhalten haben sollte. Zu wiederholen ist aber, daß nach Allem, was man hört, kein offensives und defensives Bündnis zu Stande gekommen scheint, und das Abkommen seiner Natur nach eine eventuelle Bedeutung haben soll.“

Ferner berichtet die „Köln. Ztg.“: Prinz Friedrich Karl, dessen Ernennung für ein Oberkommando telegraphisch gemeldet wurde, übernimmt den Oberbefehl über die erste (sächsische) Armee. Die Armee für Schlesien wird zusammengeleitet, und man glaubt, daß Sr. Maj. der König bei ausbrechenden Feindseligkeiten nach Schlesien gehen wird; der Kriegsminister dürfte den König begleiten. Die Kommandeure für die Infanteriedivisionen sind bereits ernannt, die für die Kavalleriedivisionen noch nicht, weil besondere Kavallerietrupps gebildet und aufgestellt werden sollen, ähnlich wie dies in den letzten Feldzügen Seitens der französischen Armee geschah. — Man versichert, daß der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin seine Truppen (eine Division) auf preussischer Seite an dem Feldzug Theil nehmen lassen wird.

**Berlin, 18. Mai.** Die gestrige Sitzung der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung war durch Verhandlungen über mehrere Finanzfragen bemerkenswerth. Ohne Debatte genehmigte die Versammlung eine Magistratsvorlage in Betreff des städtischen Einquartierungs-wesens. Nach dieser Vorlage sollen die Einquartierungsbeiträge nach dem Satz von 4/5 Prozent der jährlichen Wohnungsmiethe vom 1. Mai ab zugleich mit der Miethsteuer erhoben und die Vergütung für die Gewährung von Naturalquartier auf 5 Sgr. per Mann und Tag festgesetzt werden. Ebenso wurden ohne Debatte 60,000 Thlr. für weitere zu liefernde Mobilmachungsperde, und 5000 Thlr. für Einrichtungen zu dem Einquartierungs-geschäft bewilligt. — Eine sehr lebhaft erörterte Entspannung über die Vorlage des Magistrats wegen Aufnahme einer Anleihe von 4 Millionen Thalern, sowie wegen Erhöhung der Haus- und Miethsteuer zur Verzinsung dieser für die jetzigen außerordentlichen Bedürfnisse bestimmten Anleihe. Nach längeren Debatten wurde die vom Magistrat beantragte Erhöhung der Haussteuer mit großer Majorität, die Erhöhung der Miethsteuer einstimmig abgelehnt und die Aufnahme einer Anleihe im Betrag von 3 Millionen Thalern bewilligt.

Der zum stellvertretenden kommandirenden General des 3. Armeekorps ernannte Generalleutnant v. Griesheim ist nicht mit der Führung der mobilen Korps betraut, sondern hat die Verwaltungsgeschäfte des Generalkommandos wahrzunehmen und insbesondere die Ersatzabtheilungen des Korps zu befehligen. Derartige Kommandostellen waren auch zur Zeit des bänischen Kriegs beim 3. und 7. Armeekorps gegründet, und dürfen jetzt für alle mobilen Korps eingerichtet werden. — Der heutige „Staatsanzeiger“ bringt eine auf Grund von Artikel 63 der Verfassungsurkunde erlassene königl. Verordnung vom 18. Mai, betreffend die Begründung öffentlicher Darlehenskassen und die Ausgabe von Darlehenskassenscheinen. Der Gesamtbetrag dieser Scheine soll die Summe von 25 Millionen Thlr. nicht überschreiten. — Eine Bekanntmachung des Generalpostamts enthält Weisungen für den Privatverkehr bei Verhinderung der Feldpost-Anstalten.

**Prag, 15. Mai.** (D. A. Z.) Für die bayrische Regierung wurden dieser Tage hier starke Lieferungen abgeschlossen, von denen ein großer Theil bereits seinem Bestimmungsort zugeführt ist. Auch Pferdeeinkäufe wurden gemacht, und zwar in ziemlich reichem Maß. Das Pferde-Ausfuhrverbot wurde für diese Fälle als nicht gültig angelehen.

**Wien, 15. Mai.** Der „Köln. Z.“ zufolge soll die Nord-armee auf 35 Brigaden mit 380,000 Mann und 500 Geschützen gebracht werden. Die gegen Italien aufgestellte Armee wird 130,000 Mann zählen. Für den Kriegsfall habe also Oesterreich mindestens 520,000 Mann disponibel; rechnet man die Reservisten und die zahlreichen, in der Bildung begriffenen Freikorps hinzu, so ergebe sich, daß im Nothfall Oesterreich über reichlich 800,000 Streiter verfügen kann. In Pesth nehmen die Verhandlungen über die gemein-

schaftlichen Angelegenheiten ihren Fortgang. Inzwischen taucht hier in hervorragenden Kreisen die Frage auf, ob es nicht möglich wäre — da die Berufung des Reichsrathes sich nicht als thätig erweist —, aus allen Theilen des Reiches eine derartige allgemeine Versammlung ad hoc zu Stande zu bringen, wie sie Kaiser Mathias am 27. Juli 1613 in Linz zusammentreten ließ.

**Wien, 18. Mai.** (Zrff. Journ.) Die Nachricht von einer Verletzung der preussischen Grenze durch eine österreichische Patrouille ist total erfunden. — Der österreichische Gesandte am dänischen Hof, Graf Wimpfen, wurde zum diplomatischen Ablatus des Erzherzogs Albrecht ernannt. Zum Nachfolger des Grafen Wimpfen wurde Legationsrath v. Frankenstein ernannt.

**Wien, 18. Mai.** (W. L. Z.) Die „Wien. Abendpost“ bespricht den letzten Artikel der Berliner „Provinzial-Korrespondenz“ und sagt: Die Gerüchte von einem Verkauf Venetiens sind, wie sich eigentlich von selbst versteht, völlig unbegründet. — Ein Pariser Telegramm des „Wanderers“ berichtet: In der gestrigen Sitzung der Donaufürstenthümer-Konferenz theilte Hr. Drouin de Lhuys das Resultat des suffrage universel in den Donaufürstenthümern mit. Hiergegen protestirte der Pförtener-Schäfer und beantragte, daß bei fortgesetzter illoyaler Haltung der provisorischen Regierung in Bukarest die Konferenz selbst die provisorische Einsetzung eines von ihr gewählten Hospodars dekretiren möge. Die Konferenz nahm diesen Vorschlag der Pforte an.

**Triest, 17. Mai.** (Presse.) Die Seebehörden verweigern dem „Tampico“, auf welchem die mexikanischen Freiwilligen eingeschifft sind, die carta netta (Gesundheitspaß), ohne welchen das Schiff nicht auslaufen kann, weil es nirgends landen könnte, um Proviant und Kohlen einzunehmen.

#### Donaufürstenthümer.

Der Pariser „Abend-Moniteur“ vom 17. Mai ertheilt den Herren in Bukarest, die Tag für Tag durch den Telegraphen von sich reden zu machen wissen, folgende Zutheilung:

Die amtliche Zeitung von Bukarest hat eine Erklärung veröffentlicht, welche von den Vertretern der Mächte dem Minister des Auswärtigen in den Fürstenthümern im Auftrag ihrer Regierungen übergeben worden ist. Der wesentliche Inhalt dieses Aktenstückes lautet dahin, daß die provisorische Regierung ihre Befugnisse überschritten hat, indem sie durch eine neue Volksabstimmung die Ernennung eines dem Ausland angehörigen Fürsten vorschlägt, während die Konvention vom 19. Aug. 1858 der Kammer zwar die Ernennung des Hospodars zugestimmt, dabei aber festsetzt, daß derselbe ein Inländer sein müsse. Die Konferenz nimmt als Richtschnur ihrer Entschlüsse den Willen des Landes an, sofern es sich um die Beziehungen der beiden Fürstenthümer unter einander handelt, und überläßt deren Repräsentanten die Entscheidung, ob die Union beibehalten werden soll oder nicht. Für den Fall, daß die Mehrheit der moldauischen oder walachischen Deputirten gesonderte Bestimmungen verlangen sollten, müsse Dem Folge gegeben werden. Wie denn auch die Abstimmung ausfallen möge, so wird sie immer der Ausdruck des Volkswillens sein, und die Mächte sind darüber einig, denselben zu ratifizieren. Diese von der Konferenz gemachte Konfession bietet den Fürstenthümern einen neuen und sehr bedeutenden Vortheil. Es hängt von den Moldau-Walachen ab, endgiltig die Bande zu heiligen, welche sich seit der Konvention von 1858 um beide Provinzen geschlossen haben. Gefährdet wäre aber diese Lage unnläher Weise, wenn dieselben bei einem Verhalten debarren, welches den Ansichten der Konferenz in Bezug auf die Frage wegen eines fremden Fürsten widerspreche. Mit Bedauern vernehmen wir, daß die neu gewählte Kammer geglaubt hat, die von der provisorischen Regierung hervorgerufene Volksabstimmung über die Fürstenthümer aufheben zu müssen, anstatt sich an die in Bukarest abgegebene Erklärung der Mächte zu halten.

#### Schweiz.

**Bern, 16. Mai.** Der Bundesrath hat sich in seiner heutigen Sitzung wieder mit den im Kriegsfall zu ergreifenden Maßregeln beschäftigt. Wie heute mitgetheilt ward, war das Resultat seiner Beratung Einsetzung einer Kriegskommission, bestehend aus dem General Dufour, dem Obersten Ziegler von Zürich, und aus sämtlichen Divisionären und Bataillonen der eidgenössischen Armee, welche sofort in Bern zusammentreten wird und alle ferneren militärischen Maßregeln beraten und leiten soll. Vorkünftig hat der Bundesrath auf Biquet gestellt die 23. Brigade, deren Kommandeur Oberst v. Escher von Zürich ist, und die aus den Bataillonen Nr. 51 Graubünden, Nr. 63 St. Gallen, und Nr. 5 Zürich, ferner aus den Scharfschützen-Kompagnien Nr. 12 Glarus, Nr. 16 und Nr. 36 Graubünden, einer halben Kompagnie Bündener Gaiden, einer Apfündigen Bündener Batterie Gebirgsartillerie, einer Züricher Sapeur-Kompagnie und einer Ambulancekesection besteht.

#### Italien.

**Florenz.** Seit dem 13. Mai ist der regelmäßige Dienst auf den italienischen Eisenbahnen wieder eingetreten; die Truppen- und Kriegsmaterial-Transporte erfordern keine außerordentlichen Mittel mehr: die Nation in Waffen ist schlagfertig. Auch der Prinz Carignan kann jeden Augenblick als Reichsverweser eintreten; es ist Alles bereit. Am 13. ging Persano an Bord des Esploradore, um auf demselben von Genua nach Tarent zu gehen und Befehl vom Oberbefehl über die Geschwader im Adriatischen Meere zu nehmen. In der Flotte sind zahlreiche Beförderungen erfolgt; der Schiffskapitän Eugenio de Vity wurde zum Contradmiral, sechs Fregattenkapitäne wurden zu Linien-Schiffskapitänen befördert u. s. w. bis zu den Eleven zweiter Klasse, von denen 86 zu Eleven erster Klasse ernannt wurden. Nachrichten über Truppenbewegungen z. schlen aus bekannten Gründen heute in italienischen Blättern fast gänzlich; dagegen bringen die offiziellen Blätter die Erklärung, daß ein vollkommenes Einvernehmen zwischen der Regierung und dem General Garibaldi besteht, wornach der General Capera nur auf den Ruf des Königs und wenn die Stunde der That gekommen ist, verläßt.“ Diese Vereinbarung wird zur Be-

ruhigung der Vaterlandsfreunde mit dem Zufuß bekannt gemacht, daß das Vertrauen nicht getrübt werden solle. Nach dem Rundschreiben des Kriegsministers wird das Freikorps aus 20 Bataillonen bestehen, die 10 Regimenter bilden; Formationsplätze sind Como, Varese, Bari und Barletta; die Freiwilligen erhalten das roth: Hemd und die Mütze Garibaldi's. Das venetianische Komitee von Turin hat an den Kriegsminister ein Schreiben gerichtet, worin es ankündigt, daß die venetianischen Emigrirten in größter Anzahl sich als Freiwillige melden; da aber die Zahl der Freiwilligen eine beschränkte ist, so bitten die Venetianer um die Ehre, bei der Zulassung zum Freiwilligendienst besonders berücksichtigt zu werden.

Aus einem Schreiben aus Florenz vom 15. Mai wird der „Köln. Ztg.“ mitgetheilt, daß der General Govone von Berlin nach Florenz zurückgekommen ist. Derselbe überbringt der Regierung die Versicherung, daß Preußen zum Angriff bereit sei und der Augenblick der Entscheidung herannahe.

**Florenz, 16. Mai.** Der Pariser „Patrie“ geht eine Mittheilung zu, die den nahen Ausbruch des Krieges in Italien voraussetzen läßt.

Ich kann Ihnen ankündigen — heißt es darin —, daß General Lamarmora den Gesandten der Mächte, welche große Anstrengungen machen, den Frieden zu bewahren, erklärt hat, daß, wenn man bis zum 20. d. M. keine bessere Hoffnung für eine friedliche Abtretung Venetiens hätte, die italienische Regierung nur dem allgemeinen und einstimmigen Rufe der öffentlichen Meinung Rechnung tragen und einer unheilvollen Lage ein Ziel setzen wird.

Weiter wird der „Patrie“ berichtet, daß Italien gegenwärtig täglich drei Millionen verausgabt und binnen kurzem eine schlagfertige Armee von 350,000 Mann auf den Beinen haben wird, von denen bereits 200,000 auf dem Kampfplatz stehen. Ueber die Hälfte dieser Armee übernachtet unter freiem Himmel in einer von bödsartigen Fiebern heimgesuchten Gegend und zu einer Jahreszeit, wo die große Hitze beginnt. Wie könne die italienische Regierung sich unter solchen Umständen auf lang hinausgezogene Verhandlungen einlassen!

**Florenz, 16. Mai.** Man erwartet Garibaldi's Ankunft in Florenz am 20. Mai, und glaubt, daß der Krieg kaum viel später ausbrechen werde. — Der Papst hat den italienischen Truppen erlaubt, per Eisenbahn sein Gebiet zu passieren, oder hat sich wenigstens Dem nicht widersetzt; er läßt es geschehen, was er nicht ändern kann.

**Florenz, 17. Mai, Abends.** Die „Opinione“ schreibt heute:

Die Zukunft der deutschen Nation hängt von den Liberalen ab. Der desorganisierende preussische Verfassungskonflikt darf sie nicht vergessen lassen, daß das lebendige und traditionelle Interesse Deutschlands darin liegt, die heterogenen Einflüsse des Kaiserreichs Oesterreich zu beseitigen. Ungeachtet des Unrechts der preussischen Regierung, ungeachtet der liberalen Haltung, die Oesterreich gelegentlich angenommen hat, müssen die Liberalen die einzige Gelegenheit ergreifen, die ihnen eine Macht darbietet, die die Zukunft Deutschlands repräsentirt und deren Politik notwendiger Weise fortschrittlich ist, während die habgierige Politik nothgedrungen reaktionär ist. Das ist das sicherste Mittel, den Regierungsantritt der Freiheit vorzubereiten. Die Sache Italiens und Deutschlands ist identisch: Nationalität und Freiheit. Deutschland muß dem Beispiel Italiens folgen, welches nicht geardert hat, sich an's Haus Savoyen zu schließen, dessen Mission in Italien identisch war mit der Preußens in Deutschland.

**Florenz, 18. Mai, Nachm.** (W. L. Z.) Der Finanzminister Scialoja hat seine Demission eingereicht. Die „Gazetta ufficiale del Regno“ veröffentlicht ein königl. Dekret, durch welches die 3. Lotte unter der Benennung „Operationsarmee“ konstituirte und in drei Geschwader getheilt wird.

**Florenz, 18. Mai, Abends.** (W. L. Z.) Der Finanzminister Scialoja hat sein Demissionsgesuch zurückgezogen. Die „Opinione“ sagt: Oesterreich würde im Fall des Verzichtes auf seine Rechte auf die Elberzoghthümer in Deutschland eine territoriale Entschädigung erhalten.

**Rom, 18. Mai.** (W. L. Z.) Es sind sechs Artilleristen ermordet worden. Der Admiral Paget soll dem König von Neapel Malta zur Residenz angeboten haben.

#### Frankreich.

**Paris, 17. Mai.** (Köln. Ztg.) Der anfänglich für ziemlich hoffnungslos geltende Kongressvorschlag gewinnt mehr und mehr an Terrain. Nach Beendigung der russischen Sonder Schritte in Berlin und Wien zur Erzielung friedlicherer Aspekte haben die Kabinette von London, Paris und St. Petersburg jetzt ihre Anstrengungen kombiniert, um durch gemeinsame diplomatische Aktion die genannten deutschen Höfe zu beeinflussen. In einer erst gestern gehaltenen diplomatischen Konferenz haben die H. H. Drouin de Lhuys, Budberg und Cowley die Grundzüge eines Kongressprogrammes festgestellt. Der französische Minister des Auswärtigen wurde in dieser vorbereitenden Zusammenkunft ersucht, eine bezügliche Einladungsdepesche abzufassen, welche an die Regierungen von Preußen, Italien und Oesterreich übergeben werden sollte. Morgen oder übermorgen wird dieses Aktenstück den H. H. Budberg und Cowley zur Unterschrift vorgelegt und dann alsbald nach Wien, Berlin und Florenz abgesandt werden. Die genannten Diplomaten wollten, wie es scheint, den Zusammentritt des Kongresses dadurch erleichtern, daß sie im voraus nichts über die Art der Lösungen festsetzten, die aus den Beratungen hervorgehen könnten, und sie adoptirten in so fern die ursprünglich Cowley'sche Vorlage, daß sie als Gegenstände der Beratung erst die schleswig-holsteinische, dann die venetianische und erst in dritter Reihe die Bundesreform-Frage in ihr Programm aufgenommen. Was diesen Mittheilungen ein noch größeres Gewicht verleiht, ist, daß, wie aus Berichten Benedetti's ersichtlich, König Wilhelm von Preußen sich bereits persönlich für den Zusammentritt des Kongresses gegen den französischen Vorkämpfer ausgesprochen hat. Der Deutsche Bund oder, wenn man will, Deutschland,

das die eifrigen Anhänger des Kongresses hier in ihrer Hitze bisher fast nur als ein Objekt und nicht als eine selbstbewusste Nation in ihre Rechnung ziehen, würde durch einen besondern Repräsentanten neben den sechs übrigen Staaten vertreten werden. — Das Budget wird, wie ich höre, am 24. Mai dem Gesetzgebenden Körper vorgelegt werden. Man hofft, mit der Beratung desselben zwischen dem 5. und 10. Juni zu Ende zu kommen; glaubt aber kaum, alle die dringlichen Vorlagen dann bis zum 21. d. M. noch bewältigen zu können.

**Paris, 18. Mai.** Die Kongressgerrüchte halten sich auf der Tagesordnung. Wahr ist, daß Frankreich, England, Rußland ihre Anstrengungen verdoppelt haben, um den Ausbruch der Feindseligkeiten zu verhindern. Die Konferenz- und Kongressbemühungen sind ein mehr oder minder aufrichtiger letzter Versuch zur Erhaltung des Friedens. In hiesigen offiziellen Kreisen verheißt man es übrigens nicht, daß nur äußerst geringe, um nicht zu sagen keine Hoffnung vorhanden ist, den Ausbruch der Feindseligkeiten zu verhindern zu können. Der Notentwurf, dessen Redaktion Hr. Drouin de Lhuys übertragen war, ist in London eingetroffen. Eine zweite Abschrift ist gleichzeitig nach St. Petersburg abgegangen. — Heute versammelten sich die Minister und die Mitglieder des Ges. Rathes zu einer außerordentlichen Beratung unter Vorsitz des Kaisers. Die Kaiserin und Prinz Napoleon wohnten der Sitzung bei. — Das „Mem. diplom.“ läßt sich aus Wien, 18., telegraphiren, daß, nachdem die österreichische Regierung den Mittelstaaten gegenüber die förmliche Verpflichtung übernommen habe, wegen der Herzogthümer mit Preußen keinerlei Sonderabkommen einzugehen, jede Unterhandlung zwischen Wien und Berlin überflüssig sei. Preußen werde also auf die zweite österreichische Note vom 26. April nicht antworten. — Graf v. d. Goltz hatte gestern eine lange Unterredung mit dem Kaiser. — Die heutige Börse war flau (Kente 63.95), besonders aber ital. Anl. (38.70, d. h. 1.20 Baiffe). Diese Rente, welche 5 Proz. tragen sollte, trägt nach Notierung der 8 Proz. Steuer nur noch 4.60 Proz. ein, und wie werden sie bezahlt werden diese 4.60 Proz.? In Geld, wie Italien sich verpflichtete, oder in ital. Papiergeld, das jetzt schon 15 bis 17 Proz. verliert?

### Belgien.

**Brüssel, 18. Mai.** (W. L. V.) Die „Indep. Belge“ bringt als angeblich authentisches Programm in Frankreich für den beabsichtigten Kongreß folgendes: Die Lösung der Elbherzogthümer-Frage mit Ausnahme näher zu bestimmender Details den Bevölkerungen zu überlassen; die deutsche Bundesreform, soweit dieselbe das allgemeine Gleichgewicht berührt, zu vereinbaren; Desterreich tritt gegen Entschädigung Venetien ab und erkennt Italien an, welches seinerseits den Kirchenstaat in seinen gegenwärtigen Grenzen garantirt.

### Großbritannien.

**London, 17. Mai.** Der Befehlshaber des Unionsgeschwaders vor Valparaiso hat über das von ihm auf Anlaß des Bombardements beobachtete Verfahren an den Marineminister zu Washington noch am Tage, wo das Bombardement stattfand, einen Bericht erstattet, aus dem wir in folgendem die bemerkenswerthesten Stellen hervorheben. Mit der vom Unterstaatssekretär des Auswärtigen im Unterhause abgegebenen Erklärung über die dem britischen Admiral von Seiten des amerikanischen Flottenbefehlshabers gemachten Anerbietungen ist der Bericht, wie man sehen wird, schwer in Einklang zu bringen. Commodore Rogers schreibt:

Eoiglich nach meiner Ankunft mit dem unter meinem Befehl stehenden Geschwader besuchte ich den englischen Admiral, der mir angezeigt hatte, daß er einem plötzlichen, ohne geraume Zeit vorher gemachte Anzeige vorzunehmenden Bombardement sich widersetzen würde. Darauf gab ich unmittelbar keine Antwort, suchte aber am nächsten Tage, nachdem ich die Sache erwogen, Gelegenheit, um Admiral Denman zu erklären, daß ich mich zur Verhinderung eines plötzlichen Bombardements mit ihm vereinigen würde, und versicherte ihm zugleich, mit ihm zusammen gehen zu wollen, so weit er nur immer vorgehen für gut finden sollte. Ich gab ihm die Versicherung, daß der „Monadnock“ allein die „Rumancia“ auf sich nehmen könnte, und binnen einer halben Stunde nur ihre Mastspitzen noch über dem Meeresspiegel hervorzuragen lassen würde, daß also unsere hölzernen Schiffe, englische und amerikanische, sich bloß mit den hölzernen Schiffen der Spanier abzugeben brauchten. Indem ich mich auf diese Weise über den Buchstaben meiner Instruktion, die mir strenge Neutralität zu beobachten anbefahl, hinauszuweichen erbot, handelte ich nach der Annahme, daß Neutralität zwischen Nationen wohlangebrachte Bemühungen, den Frieden unter ihnen zu bewahren, nicht ausschließt, daß vielmehr, gleichwie ein friedlicher Bürger nicht verpflichtet ist, ruhig zuzusehen, wie ein anderer durch ungesetzliche Gewalt eines Dritten leidet, sondern um eine Verletzung der Geseze zu verhüten, sich einzumischen darf; daß ebenso eine Nation, die Zeuge ist von Ähnlichem unter Schwefternationen, nicht absolut untätig zu bleiben braucht, sondern, ohne wahrer Neutralität zuwider zu handeln, mit Gewalt eintreten dürfe, falls Gewalt erforderlich, damit die Operationen der Kriegführenden wenigstens nicht die zum Schutze neutraler Personen und neutralen Eigentums bestehenden Geseze verletzen. . . .

Der englische Admiral sagte zuerst, daß er mit mir zusammengehen wolle, denn ich hatte unumwunden erklärt, daß ich ohne ihn keinen Schritt thun würde. . . . Schließlich kam derselbe zu dem Entschluß, die Verantwortlichkeit auf den englischen Gesandten zu schieben, der es nicht für gut fand, eine Initiative zu ergreifen. Da also englische Kooperation nicht zu haben war, so bin auch ich nicht weiter vorgegangen, nachdem alle Anstrengungen, ein friedliches Abkommen herbeizuführen, sich erfolglos erwiesen hatten.

Ueber die Wirkung, welche die Nachricht von dem Bombardement Valparaiso's auf das amerikanische Volk geübt, wird der „Times“ von einem Amerikaner aus Philadelphia geschrieben:

Die Kunde hat in den Vereinigten Staaten eine tiefe und allgemeine Entrüstung hervorgerufen. Fast überall hält man dafür, daß es die Pflicht der fremden Geschwader im Hafen von Valparaiso gewesen, das Bombardement zu verhindern, und obgleich ihre Weigerung, sich einzumischen, vielleicht dem Buchstaben des völkerrechtlichen Gesezes

ganz gemäß ist: Niemand würde sie getadelt haben, wenn sie die spanischen Schiffe vom Meeresspiegel hinweggejagt hätten. . . . Was die Regierung betrifft, so wird von ihr, wie man allgemein annimmt, das Verfahren des Commodore Rogers gebilligt. Ob es ebenso ihre Billigung gefunden, wenn er im Verein mit den andern fremden Geschwadern sich eingemischt hätte, läßt sich nicht mit gleicher Bestimmtheit sagen; sicher aber ist, daß er die Nation auf seiner Seite gehabt haben würde.

### Baden.

**Mannheim, 18. Mai.** Die vielbesprochene Einführung und Aenderung der Straßennummern nebst der Beibehaltung der alten Bezeichnung der Quadrate bedarf immerhin noch einiger Nachhilfe für das Gedächtniß, wenn sie sich recht einleben soll. Diese ist jetzt durch einen „Plan von Mannheim“, nach den neuesten Aufnahmen gezeichnet, Verlag von R. Wittwer\*, auf's vortheilhafteste geleistet worden. In gefälliger Ausstattung und klarer Bezeichnung sind die Straßennamen, die Quadrate mit ihren Nummern, die öffentlichen und Privatgebäude angegeben. Besonders Werth erhält das hübsche Blatt noch durch den Eintrag der zukünftigen neuen Eisenbahn-Richtung von der neuen Brücke an, der Fahr- und Fußwege im Schloßgarten, des werdenden Rangir-Bahnhofs, der Ringstraße und Hofen-Eisenbahn, so daß man annehmen darf, daß der Plan seine Brauchbarkeit noch geraume Zeit beibehalten werde.

### Vermischte Nachrichten.

**Lüdingen, 17. Mai.** (Sch. M.) Nachdem schon in der Nacht vom 5. auf den 6. d. M. die Kälte in Gärten und Weinbergen einigen unbedeutenden Schaden verursacht hatte, sind in der verfloffenen Nacht bei hellem Himmel und einem Thermometerstand von  $-\frac{1}{2}$  bis  $-1$  Gr. nicht nur Gurken, Bohnen und Kartoffeln, sondern auch das noch in der Blüthe befindliche Obfr., also namentlich spätere Äpfel, sowie die Weinreben erfroren, und die hiesigen Weingärtner sehen sich heuer wieder, wie voriges Jahr, um die Hoffnung auf eine reiche Frucht ihrer schweren Arbeit gebracht.

**Darmstadt, 18. Mai.** (Fr. Z.) Heute früh kam mit der Main-Rheinar-Bahn, ab Frankfurt und nach Koblenz bestimmt, 5 Munition- und Pulverwagen (preussisches Eigenthum) hier an; deren Förderung wurde jedoch von der Bahnverwaltung verweigert, da instruktionsmäßig die spezielle Erlaubnis der Regierung dazu eingeholt werden muß.

**Frankfurt, 18. Mai.** (Fr. Ztg.) Mehrere demokratisch geneigte Theilnehmer des Abgeordnetenlages und andere Demokraten aus verschiedenen Theilen des Vaterlandes haben sich vereinigt, auf Pfingstsonntag den 20. Mai in Frankfurt a. M. eine Volksversammlung zu veranstalten, welche über die gegenwärtige politische Lage des Vaterlandes beraten soll.

**Essen, 18. Mai.** (Rh. Ztg.) Dem Vernehmen nach waren von den Arbeitern des Krupp'schen Establishments 1500 zur Fahne eintreten. Durch deren Abgang aus würde die Kanonenfabrikation zu einer erheblichen Einschränkung gebracht werden. Hr. Krupp hat daher an höchster Stelle remonstrirt, und es ist ihm jetzt ein Ministerialreskript zugegangen, wonach von seinen Technikern und Arbeitern die zur Kanonenfabrikation unentbehrlichen nicht eingezogen werden sollen, während die zu andern Fabrikzweigen verwandten sich stellen müssen.

**Gotha, 17. Mai.** (Fr. Z.) Die Verwirrung und die Aufregung wird immer größer. Alles Papiergeld ist wie versteinert und konnte in den letzten Tagen nur mit Verlust abgesetzt werden. Selbst die preussischen Kassenscheine wollte man — sogar in preussischen Städten! — nicht zum vollen Nennwerth annehmen. Unser Stadtrath hat deshalb die Verordnung erlassen, daß bis auf Weiteres Niemand die ungeschmälerte Annahme aller in unserm Lande gesetzlich gültigen Papiergeld-Sorten verweigern darf.

Aus Sachsen meldet man der „Nordd. Allg. Ztg.“: Die Eisenbahnbrücke bei Riesa (Grenzstation der Berlin-Dresdener Eisenbahn) ist zur Sprengung und zum Verbrennen vorbereitet; die Pfeiler sind angebohrt und mit Sprengladung versehen; viele Tonnen Petroleum werden in der Nähe der Brücke in Bereitschaft gehalten.

**Hamburg, 15. Mai.** (Nat.-Ztg.) Der vor einiger Zeit von Hrn. v. Goltz eingebrachte Antrag gegen die Annahme fremder Orden ist von dem Ausschuß der Bürgerchaft, dem er zur Begutachtung überwiesen war, mehrfach amendirt worden. In seiner jetzigen Fassung, in welcher er der Bürgerchaft zur Genehmigung vorliegt, enthält er folgende Bestimmungen: 1) Mitgliedern des Senats, der Bürgerchaft und der Gerichte ist die Annahme von Adelsdiplomen und Orden überhaupt nicht gestattet. 2) Beamte bedürfen zur Anlegung eines Ordens der Erlaubnis des Senats. 3) Bürger, welche einen Orden oder den Adel besitzen und in den Senat, die Bürgerchaft oder ein Gericht gewählt werden, haben sich während ihrer Amtsdauer der Führung desselben zu enthalten.

Die „Hamburg. Ver.-Hall.“ berichtet, Graf Bischoff werde eventuell den Feldzug als Landwehrmajor mitmachen an des Königs Seite.

**Breslau.** In der bereits erwähnten Adresse, welche die sächsischen Behörden an den König gerichtet haben, heißt es: „Wir glauben an allerhöchster Stelle die Versicherung abgeben zu dürfen, daß Breslau an Oprewilligkeit, wie im Jahr 1813, so auch jetzt keiner andern Stadt Preußens nachsehen wird. Wir fühlen gemeinsam mit Ew. Majestät die Tragweite des Krieges; wir unterschlagen nicht die Lasten, welche das preussische Volk zu tragen haben wird; wir kennen die Opfer, welche der Krieg fordert. Demangeachtet sprechen wir es aus und glauben hierin der Zustimmung unserer Mitbürger sicher zu sein, daß wir, wenn es die Macht und die Ehre Preußens, seine Stellung in Deutschland und die mit dieser Stellung in notwendigen Zusammenhang stehende Einheit unseres gemeinsamen Vaterlandes gilt, den Gefahren und Mühen des Krieges mit derselben Oprewilligkeit und Hingebung entgegen gehen, wie die sächsischen Männer es unter der Führung von Ew. Majestät hochseligem Vater gethan. Können jene höchsten Güter Preußens und Deutschlands erhalten werden im Frieden, so begrüßen wir denselben freudigen Herzens; sollten aber die Gegner Preußens und Deutschlands, wie es im Jahr 1850 geschehen, wieder eine Einberufung der Reichsstellung Preußens, wiederum eine Demüthigung Preußens erstreben, so wird Schlessen lieber alle Lasten und Leiden des Krieges auf

\*) Lithographie und Druck von L. Geyersdorfer's Lith. Anstalt in Karlsruhe, groß Atlasformat.

sich nehmen, als die Lösung der historischen Aufgabe Preußens, die Einigung Deutschlands, wieder auf Jahrzehnte hinaustrücken lassen. Aber wir können Ew. Maj. in dem Gefühle, daß es in der für das ganze Vaterland so schweren Zeit unsere erste Pflicht ist, unserer aufrichtigen und innersten Ueberzeugung offenen Ausdruck zu geben, nicht verhehlen, wie in diesem Augenblick die Grundlage einer allgemeinen Begeisterung noch fehlt. Der Einklang zwischen Regierung und Volk, der in jener für Preußen und Deutschland so ruhmreichen Zeit den unvergessenen Thaten Sieg verlieh, ist nicht vorhanden; der Verfassungskampf ist nicht beendet. Die Weisheit Ew. Maj. wird die Mittel und Wege finden, den innern Konflikt, der so schwer auf dem Lande lastet, zu beseitigen, und das Vertrauen zwischen der Staatsregierung und dem Volke herzustellen, welches erforderlich ist, um die für einen solchen Kampf notwendige nationale Begeisterung wach zu rufen.

**Danzig, 13. Mai.** Der Andrang zur hiesigen Sparkasse behufs Rückforderung der Einlagen hat sich in Folge des drohenden Krieges so gesteigert, daß Polizeibeamte zur Aufrechterhaltung der Ordnung requirirt wurden. An jedem der beiden letzten Tage sind 18,000 Thlr. ausgezahlt worden. (Aehnliches wird aus Königsberg und Stettin gemeldet.)

**Spa, 18. Mai.** (N. Z.) Preußen hatte hier und in der Umgegend Pferdeaufkäufe angeordnet. Eine Depesche aus Rastmehy besetzt dieselben so eben wieder ab.

**Wien, 18. Mai.** (N. Fr. Z.) Der Großhändler Kasser in Brunn, Schulhof, Popper, sämtlich Pächter Esterhazy'scher Güter, sind verhaftet worden.

**Schaffhausen, 15. Mai.** Nachdem im März mit so überwiegendem Mehr der hiesige Großrath eine Subvention von 250,000 Fr. zu Gunsten der Gotthardbahn votirt hatte, allerdings aber in der Voraussetzung, die Stadt werde davon 30,000 Fr. tragen, beschloß die Einwohnergemeinde vor zwei Tagen mit 852 gegen 180 Stimmen, das Subventionsbegehren zurückzuziehen, so daß auch der Großrathbeschuß dahinfiel. Wahrscheinlich in Folge dieses der Nord-Ost-Bahn etwas feindlichen Beschlusses trat Hr. Nationalrath Peyer im Hof, Mitglied des Verwaltungsrathes derselben, aus dem Großen Rath.

**London, 17. Mai.** Der gestrige Tag war dem Derby-Rennen günstiger, als man nach dem unfreundlichen unheimlichen Wetter der letzten Wochen erwarten konnte. Freilich würde auch Sturm und Regen nicht im Stand gewesen sein, die Schaulust der Tausende zu dämpfen, die unter allen Umständen dabei zu sein entschlossen waren; vertheilt konnte doch nur eine Witterung wie die gestrige die Zahl der Zuschauer auf zweimalhunderttausend bringen; so hoch schlägt man nämlich die Menge Derer, die sich gestern auf den Straßen nach Gosford drängten, an. Das Derby-Rennen behauptete demnach auch gestern in vollem Maß den Ruf, den der Tag als nationaler Festtag genießt. Als Sieger aus dem Hauptrennen ging hervor Lord Elyon (im Besitz von Hrn. Sutton), der Renner, auf den am meisten gewettet worden war. Um die Bahn zurückzulegen, bedurfte derselbe 2 Minuten 49 Sekunden; im letzten Jahr war sie in 2 Min. 45 $\frac{1}{2}$  Sek., im vorletzten in 2 Min. 43 $\frac{3}{4}$  Sek. zurückgelegt worden.

**Southampton, 16. Mai.** Das Post-Dampfschiff des Norddeutschen Lloyd „Hermann“, Kapitän G. Wente, welches am 5. Mai, 3 Uhr Nachmittags, von Neu-York abgegangen war, ist gestern, 9 Uhr Abends, nach einer sehr schnellen Reise von 9 Tagen wohlbehalten unweit Gosport eingetroffen und hat um 11 Uhr Abends die Reise nach Bremen fortgesetzt. Dasselbe bringt außer der neuen Ver.-Staaten-Post 381 Passagiere und 600 Tons Ladung.

Der „Hermann“ passirte am Sonntag den 6. Mai, 9 Uhr Morgens, 240 Meilen von Sandy Hook entfernt, das Post-Dampfschiff des Nordd. Lloyd „Neu-York“, Kapit. G. Ernst, welches am 22. Apr. von Bremen und am 25. Apr. von Southampton abgegangen war. An Bord Alles wohl.

**Mannheim, 17. Mai.** (Kursbericht der Mannheimer Börse.) Weizen, eff. hief. Gegend 200 Zollpfd. 10 fl. — G., 10 fl. 15 P., fränk. I. — fl. — G., 10 fl. 20 P., fränk. II. — fl. — G., 10 fl. — P. — Roggen, eff. 8 fl. 15 bis 8 fl. 20 P. — Gerste, eff. hief. Gegend 9 fl. — G., 9 fl. 15 P., württembergische 8 fl. 30 G., 9 fl. — P., Pfälzer I. — fl. — G., — fl. — P. — Hafer, eff. 100 Zollpfd. 4 fl. 15 G., 4 fl. 30 P., Kernen, eff. 200 Zollpfd. 10 fl. 30 P. — Dossamen, hief. Koblreps — fl. — G., — fl. P. — Bohnen 11 fl. bis 12 fl. P. — Linsen 15 fl. bis 20 fl. P. — Erbsen 10 fl. bis 11 fl. P. — Wicken — fl. — G., — fl. P. — Kleesamen, deutscher I. — fl. — G., — fl. P., Luzerner — fl. — G., — fl. P. — Sparrlette — fl. — P. — Del: (mit Fatz) 100 Zollpfd. Keindl, eff. Inland in Partien 24 fl. 30 P., sahweise 25 fl. — P.; in Partien transit — fl. — P. Rübbel, eff. Inland, sahweise — fl. — G., 28 fl. 15 P., in Part. — fl. — G., 28 fl. — P., auf Lieferung per Herbst — fl. — P. — Wehl 100 Zollpfd.: Weizenmehl, Nr. 0 — fl. — G., 11 fl. P., Nr. 1 — G., 9 fl. 45 P., Nr. 2 8 fl. 30 P., Nr. 3 6 fl. 30 P., Nr. 4 — fl. — P., norddeutsches im Verhältnis billiger, sächsisches Nr. 0 — fl. — P. — Roggenmehl Nr. 0-1, Stettiner 6 fl. 20 P. — Branntwein, eff. (50 % n. Tr.) trans. (150 Lit.) 16 fl. 30 P. — Spirit, 90% trans. 36 fl. 30 P. — Petroleum, in Partien verzollt, nach Qualität 17 fl. 30 P.

Weizen und Roggen haben im Preis etwas angezogen, die Umsätze blieben jedoch beschränkt. Hafer starke Kauflust bei steigenden Preisen. Rübbel und Keindl preisbehaltend, doch schwach begehrt. Bis Pfingstmontag, den 21. d. M., findet keine Börse statt.

### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

18. Mai	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28° 0.60	6.5	N.O.	schw. bew.	beiter, Reis
Mittags 2 „	„ 0.09	+ 13.0	„	stark	Sonnenbl., mild
Nachts 9 „	„ 0.13	+ 8.0	„	schw. „	beiter, frisch

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Montag 21. Mai. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement und gewöhnlichen Preisen: **Die Afrikanerin**; große Oper in 5 Akten, von Meyerbeer.

Dienstag 22. Mai. 2. Quartal. 62. Abonnementsvorstellung: **Rose und Nöschgen**; Schauspiel in 4 Akten, von Ch. Birch-Pfeiffer.

